

II-6067 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3022 1J

1992-05-20

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Dr. Schmidt, Peter, Böhacker
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Bareinlagen bei Ges.m.b.H.-Gründungen

Die unterzeichneten Abgeordneten wurden davon informiert, daß in der letzten Zeit zunehmend Ges.m.b.H.-Gründungen nach folgendem Muster erfolgen: Ein Ausländer gründet eine Ges.m.b.H., um damit ohne Beschäftigungsbewilligung in Österreich tätig sein zu können und zusätzlich die Vorteile des Vorsteuerabzuges zu nützen; die für die Gründung erforderliche Bareinlage besteht in einem zwischen Interessenten für solche Gesellschaften zirkulierenden Sparbuch, das deshalb selbstverständlich keinerlei Sicherheit für die Geschäftspartner bietet.

Durch diese – angeblich immer häufigere – Vorgangsweise wird nicht nur das Ausländerbeschäftigungsgesetz, sondern auch das GmbHG und das Steuerrecht mißbraucht. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

Anfrage:

1. Welche Erfahrungen haben die zuständigen Handelgerichte mit den einleitend geschilderten Praktiken in der letzten Zeit gemacht?
2. Ist die Zahl der vermögenslos liquidierten Gesellschaften m.b.H. in den letzten Jahren gestiegen?
3. Können Sie sich angesichts der beschriebenen Mißbräuche eine Gesetzesänderung in Richtung einer Depotpflicht für die Bareinlage vorstellen, damit mißbräuchliche Gesellschaftsgründungen unterbleiben und in jedem Fall eine gewisse Masse für Haftung und die Kosten der Liquidierung vorhanden ist? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wann werden sie dem Nationalrat einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf vorlegen?